

# beziehungswweise

DEZEMBER 2018

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

## INHALT

**1 THEMA** Kommunale Familienpolitik  
... braucht Strategie, Wissen und Diskurs

**6 STUDIE** Pflege in der Familie  
Herausforderungen für pflegende Angehörige in Österreich

**5 SERIE** Wussten Sie, dass ...  
... Menschen, die zusammenziehen, zunehmen?

**8 SERVICE** **publikation:** Pädagogik, frühe Kindheit und empirische Forschung  
**termin:** Kinderbetreuung und Elementarbildung der Zukunft  
**publikation:** Geschichte und Typen der Familie

THEMA

## Kommunale Familienpolitik

### ... braucht Strategie, Wissen und Diskurs

VON HOLGER WUNDERLICH

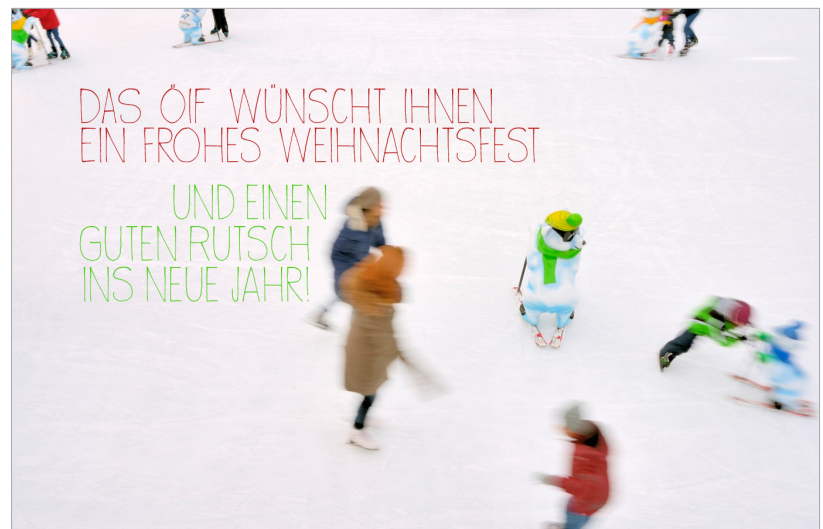
Die heutige Gesellschaft ist dadurch geprägt, dass sie ausgesprochen komplex und dynamisch ist. Die damit verbundenen Folgen werden von den Bürgerinnen und Bürgern trotz Globalisierung und Digitalisierung zu einem nicht unerheblichen Teil im direkten Wohnumfeld oder zumindest innerhalb der eigenen Stadt beziehungsweise Gemeinde erfahren. Auch mit Blick auf die Gründung einer Familie und die Gestaltung des Alltags in den Familien müssen die Menschen vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden mit den Folgen einer komplexen und dynamischen Gesellschaft umgehen.

#### Zur Begründung kommunaler Familienpolitik

Von einer modernen Familienpolitik kann vor diesem Hintergrund daher dann gesprochen werden, wenn sie, sowohl auf der Ebene des Bundes, der Länder und auch der Städte und Gemeinden, die mit diesen gesellschaftlichen Entwicklungen verbundenen Herausforderungen für die Familienmitglieder berücksichtigt. Moderne Familienpolitik knüpft an den Engpassfaktoren im Lebenslauf der Familien(-mitglieder) an und versucht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dahingehend

zu beeinflussen, dass familiäre Lebensformen die von ihnen erhofften Leistungen erbringen können, ohne dass damit individuelle Einschränkungen in anderen Lebensbereichen verbunden sind (Wunderlich 2014: 56ff.).

Welche Leistungen sind es, die von Familien erhofft werden? Mit Blick auf die gesellschaftliche



Entwicklung ist die Förderung von Familien deshalb von so großer Bedeutung, weil in Familien Humanvermögen produziert wird, womit „alle an die menschliche Person gebundenen Ressourcen [gemeint sind], also Gesundheit, Wissen, Motive und Kompetenzen, von deren Nutzung sowohl die individuelle wie auch die kollektive Wohlfahrt abhängt“ (Kaufmann 1995: 73). Familien tragen durch die Geburt und die Versorgung von Kindern zur quantitativen Reproduktion der Gesellschaft bei. Zweitens leisten sie durch die Wahrnehmung der Sozialisations- und Platzierungsfunktion sowie durch die Beiträge zur personalen Entfaltung der Familienmitglieder einen Beitrag zur qualitativen Entwicklung des Humanvermögens. Durch die Versorgung der Kinder und der Erwachsenen sowie durch die Leistungen für die Regeneration der Familienmitglieder tragen sie drittens zum Erhalt des Humanvermögens bei. Darüber hinaus wird in Familien durch den in ihnen erfahrenen Zusammenhalt viertens die Grundlage für die Bereitschaft zu gesellschaftlicher Solidarität gelegt (Wiss. Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ 2001: 103f.; Kaufmann 1995: 63ff.).

Angesprochen mit dem Konzept des Humanvermögens ist jede einzelne Stadtgesellschaft beziehungsweise jede einzelne Gemeinde. Die Gesellschaft profitiert auf allen Ebenen (Bund, Land und Kommune) davon, dass in Familien Kinder geboren (quantitative Reproduktion von Humanvermögen) und auf das Leben in der Gesellschaft vorbereitet werden (qualitative Reproduktion von Humanvermögen). Die Erbringung dieser Leistung durch die Familien ist dabei nicht mehr so selbstverständlich wie in früheren Jahren, weshalb die Unterstützung von Familien zu einem gesellschaftlich anerkannten Anliegen geworden ist. Über die konkrete Ausgestaltung von Familienpolitik allerdings bestehen durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Familienpolitik scheint häufig situativen Anlässen zu folgen und nicht das Ergebnis strategischer Überlegungen zu sein.

### **(Kommunale) Familienpolitik hat ein Erkenntnisproblem**

Entgegen der häufig aufgestellten These, dass es in der Familienpolitik kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem gibt, wird hier eine andere These vertreten. Zwar liegen entlang politischer und administrativer Zuständigkeiten zahlreiche Informationen über die Lebenssituation von Familien vor, allerdings handelt es sich dabei vergleichsweise selten um Zusammenhangswissen beziehungsweise integrierte Wissensbestände. Eine integrierte Perspektive ist aufgrund des Querschnittscharakters von Familienpolitik aber wichtig, denn sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch in den Kommunen

ist mit familienpolitischen Themen eine Vielzahl unterschiedlicher staatlicher und nicht-staatlicher Akteure angesprochen. Wichtig ist das integrierte und verlässliche Zusammenwirken dieser Akteure, denn für Familien spielt es (in der Regel) keine Rolle, wer ihnen Unterstützung anbietet. Wichtig ist, dass es Unterstützung gibt!

Das (zumindest kommunal) vergleichsweise selten vorliegende Zusammenhangswissen ist auch ein Grund dafür, dass in den Kommunen häufig familienpolitischer Blindflug zu beobachten ist. Eine integrierte und verlässliche Familienpolitik auf der Grundlage zielgerichtet generierten Wissens und gesellschaftlich ausgehandelter Zielsetzungen ist keine Selbstverständlichkeit. Häufig fehlt das Bewusstsein dafür, dass Familien Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Dies erfolgt nicht automatisch und Familienpolitik muss daher diejenigen Menschen unterstützen, die sich für die Gründung einer Familie entscheiden und die im Familienalltag keine nachhaltigen Nachteile dadurch erfahren dürfen, dass sie sich für die Gründung einer Familie entschieden haben. Jede einzelne Stadtgesellschaft muss daher eine Verständigung darüber erzielen, wie die Lebenssituation von Familien vor Ort ist und wie eine darauf bezugnehmende moderne Familienpolitik aussehen muss.

Moderne Familienpolitik muss sich daran messen lassen, ob sie den Bedarfen der Familien gerecht wird und die Leistungen, die Familien unter den gegebenen Bedingungen erbringen, anerkannt werden. Die Indifferenz gegenüber den Herausforderungen von Familien wurde in Deutschland 1995 im Fünften Familienbericht als „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familie“ diskutiert. Vor diesem Hintergrund erscheint die Verwendung des Begriffs *Familiengerechtigkeit* auch treffender zu sein als die Verwendung des Begriffs *Familienfreundlichkeit*. Es geht darum, dass Familien(-mitglieder) keine Nachteile dadurch erlangen, dass sie Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Familienpolitik muss sich daran messen lassen, ob sie struktureller Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien entgegenwirkt.

### **Familienpolitik muss sich an lokalspezifischen Besonderheiten orientieren**

Die Familienpolitik kann es nicht geben, denn weder gibt es *die* Familie, noch ist es überall so *wie im Durchschnitt*. Erstens konfiguriert sich soziale Ungleichheit auch räumlich. Zwischen und innerhalb der Städte und Gemeinden gibt es zum Teil deutliche Unterschiede hinsichtlich der Lebenslagen der dort lebenden Familien (vgl. Wunderlich 2010). Zweitens unterscheiden sich die Rahmenbedingungen, beispielsweise in Form der (sozialen) Infrastruktur, unter denen Familien

### **Zum Autor**

Prof. Dr. Holger Wunderlich lehrt an der Fakultät Soziale Arbeit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Braunschweig/Wolfenbüttel und ist wissenschaftlicher Leiter der Faktor Familie GmbH in Bochum.

die Herausforderungen jeweils vor Ort bewältigen müssen, ganz erheblich. Verschärfend wirkt unter anderem die unterschiedliche, insgesamt jedoch immer schwierigere Finanzlage der Kommunen. Für die kommunale Entwicklung ist eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur allerdings ebenso wichtig wie beispielsweise die wirtschaftliche oder kulturelle Entwicklung.

Das Profil familienpolitischer Herausforderungen in den einzelnen Städten und Gemeinden ergibt sich anhand struktureller Faktoren (wie beispielsweise dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit oder der Höhe der Lebenshaltungskosten), durch Bevölkerungskompositionseffekte (also der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Bildung, Beruf, Einkommen etc.) und durch regional unterschiedlich verteilte soziokulturelle Milieus (die sich unter anderem in Werteorientierungen oder dem Anteil nichtehelicher Kinder niederschlagen).

Abhängig davon, welche strukturellen Faktoren für die jeweiligen Gemeinden von Bedeutung sind, wie sich die Bevölkerung vor Ort konkret zusammensetzt und welche soziokulturellen Milieus zu finden sind, können daraus ganz unterschiedliche familienpolitische Herausforderungen resultieren. Wichtig ist für die Kommunen daher das Wissen über die Familien und ihre konkreten Bedarfe vor Ort. Nur so ist eine passgenaue Familienpolitik möglich. Nur auf der Basis empirischer Erkenntnisse entlang dieser Aspekte kann ein Diskurs über politische Prioritäten geführt werden. Wie viele Familien sind zum Beispiel arm und welcher Anteil armer oder armutsnaher Familien wird als akzeptabel beziehungsweise alarmierend betrachtet? Wie wird mit den Folgen von Armut für das Aufwachsen von Kindern umgegangen (Stichwort Humanvermögen)? Es geht letztlich um politische Prozesse und die damit verbundenen Aushandlungsprozesse.

### Welche Themen werden (warum) familienpolitisch bearbeitet?

Eine Bedingung dafür, dass ein soziales Problem bearbeitet wird beziehungsweise auf die Agenda kommt, ist die Identifikation und Artikulation dieses Problems. Schneider und Janning (2006: 51) führen hierzu an, dass die Abweichung eines Ist-Zustandes von einer sozialen Norm, einem Erwartungsniveau oder einer technischen Notwendigkeit erst dann zum sozialen Problem wird, wenn sie sich auf die Lebenschancen von Menschen auswirkt, von diesen wahrgenommen und als Problem definiert wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die Forderung einzuordnen, dass nicht nur Politik für Familien, sondern auch Politik mit Familien gemacht werden soll. Eine zweite Voraussetzung dafür, dass ein Problem

Handlungsdruck erzeugt, ist die gesellschaftliche Akzeptanz dieses Problems. Kingdon (1995: 197ff.) spricht bezogen auf den durch soziale Probleme entstehenden Handlungsdruck von einem *problem stream*.

Neben dem *problem stream* führt Kingdon (ebd.) zwei weitere Einflussfaktoren an, die mit Blick auf das Agenda-Setting von Bedeutung sind. Einen bezeichnet er als *policy stream* und den anderen als *political stream*. Als *policy stream* werden prinzipiell verfügbare Lösungsmöglichkeiten beschrieben. Diese Lösungsmöglichkeiten entstehen häufig ohne akuten Problembezug beziehungsweise ohne konkreten politischen Auftrag, beispielsweise im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen oder strategischer Planungsaktivitäten und können bei Bedarf „aus der Schublade geholt werden“. Mit dem *political stream* beschreibt Kingdon das Interesse von Politiker/innen an einem Problem. Dieses definiert sich über die Problemstruktur, wobei nach Schneider und Janning (2006: 56) dabei folgende Dimensionen eine Rolle spielen:

- „Konkretheit und Klarheit (Eindeutigkeit vs. Mehrdeutigkeit),
- gesellschaftliche Relevanz (starke vs. marginale soziale Betroffenheit),
- temporale Relevanz (absolut dringend vs. verschiebbar),
- Komplexität (einfach vs. komplex),
- Novität (Routineangelegenheit vs. Novum),
- Wertgeladenheit (große vs. geringe symbolische Bedeutung)“.

Eindeutige und dringende Routineangelegenheiten mit großer gesellschaftlicher Relevanz können aufgrund ihrer günstigeren Problemstruktur bei Politiker/innen eher auf Interesse stoßen als mehrdeutige, komplexe und verschiebbare Probleme. Was bedeutet das für Familienpolitik? Nichts Gutes! Bei familienpolitischen Themen kann in der Tendenz von einer eher ungünstigen Problemstruktur ausgegangen werden, denn sie sind häufig mehrdeutig, komplex und stellen in der Regel keine Routineangelegenheit dar. Allerdings besitzen sie häufig eine große symbolische Bedeutung, was wiederum in Richtung einer günstigen Problemstruktur weisen könnte. Grundsätzlich ist jedoch davon auszugehen, dass aus der Perspektive von Politiker/innen soziale und familienpolitische Themen eher unattraktiv sind.

Das zufällige Zusammentreffen der drei beschriebenen Ströme öffnet Fenster (*windows of opportunity*) für politische Entscheidungen (Kingdon 1995: 197ff.). Das Agenda-Setting kann damit als in einem hohen Maße situativ begründet beschrieben werden. Jann und Wegrich (2009: 89) verweisen in diesem Zusammenhang zwar darauf, dass das Modell mit

### Literatur

- Jann, Werner; Wegrich, Kai (2009): Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy-Cycle. In: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0. München: Oldenbourg, S. 75–113.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München: C. H. Beck.
- Kingdon, John W. (1995): Agendas, Alternatives, and Public Policies. New York: Longman.
- Schneider, Frank; Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim BMFSFJ (2001): Gerechtigkeit für Familien. Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.). Stuttgart: Kohlhammer.
- Wunderlich, Holger (2010): Unterschiedliche Kindheiten in Familien und Städten. In: beziehungsweise, Informationsdienst des österreichischen Instituts für Familienforschung, (3), S. 1–3.
- Wunderlich, Holger (2014): Familienpolitik vor Ort. Strukturen, Akteure und Interaktionen auf kommunaler Ebene. Wiesbaden: VS-Verlag.

Blick auf die besonders pluralistischen politischen Strukturen der USA entwickelt wurde und für Europa von einem stärker durch die Regierung und die Regierungsparteien geprägten Agenda-Setting ausgegangen werden kann. Trotzdem lässt sich ein grundlegendes Kennzeichen des Agenda-Setting auch in Deutschland ableiten: Nicht jedes Problem mit (hohem) Handlungsdruck gelangt auf die politische Agenda und nicht jedes Problem, mit dem sich die Politik befasst, hat einen hohen Handlungsdruck. Empirische Zugänge können (und sollten!) dafür sorgen, dass auch Probleme mit einer ungünstigen Problemstruktur sichtbar, diskutiert und politisch verhandelbar werden.

### Empirie als Fundament

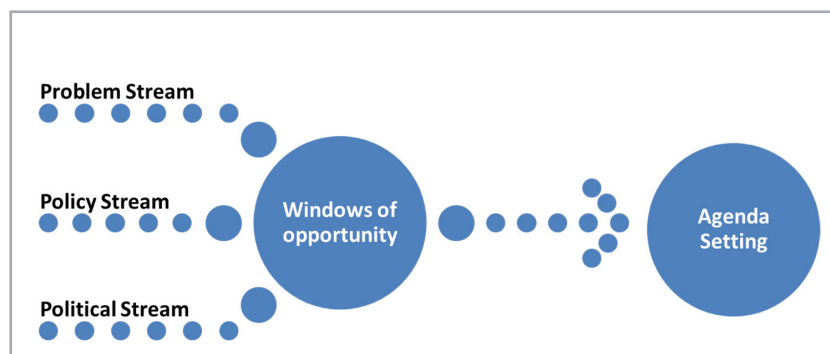
Hat es ein familienpolitisches Thema auf die politische Agenda geschafft und wird Konsens über eine daraus abzuleitende Handlungsnotwendigkeit erzielt, so gilt es konkrete Maßnahmen zu eruieren, zu diskutieren, abzuwägen und konkrete Maßnahmen zu formulieren. Entgegen der idealtypischen Annahme, dass in diesem Prozess unterschiedliche Handlungsalternativen abgewogen und konkrete Ziele und Adressaten sowie durchführende Akteure und benötigte Ressourcen konkretisiert werden, lässt sich in der Praxis häufig ein weniger strategisches Vorgehen beobachten (Schneider/Jannig 2006: 57). Ursachen können unklare Zielvorstellungen, unzureichendes Wissen über Problemlösungsstrategien sowie nicht vorhandene Bewertungsmaßstäbe und Unsicherheit über die Akzeptanz einzelner Problemlösungsstrategien sein (ebd.).

Bei allen angeführten Ursachen spielt ein Mangel an empirischer Fundierung eine Rolle, sei es in Form fehlender fachlicher Einordnung oder mit Blick auf die Unkenntnis gesellschaftlich dominanter Einstellungen. Politische Entscheidungen folgen somit – ebenso wie das Agenda-Setting – nicht immer empirischen Begründungen und sind häufig situativ bedingt und dementsprechend nicht zwangsläufig strategisch! Dieses Phänomen hängt mit der dominanten Handlungslogik im politischen System zusammen. Die beste Familienpolitik (im Sinne einer modernen, nachhaltigen und verlässlichen Familienpolitik für alle Familien) muss nicht zwangsläufig die besten Wahlchancen implizieren. Auch in der Familienpolitik werden häufig nur zufriedenstellende Lösungen hingenommen (Konzept der begrenzten Rationalität) oder es wird eine Strategie der kleinen Schritte (Inkrementalismus) verfolgt (was mit Blick auf veränderte Problemlagen und Interessen und das Reagieren darauf durchaus Vorteile haben kann).

### Bedeutung für die kommunale Familienpolitik

Als Konsequenz der vorhergehenden Ausführungen

Abbildung: „Windows of opportunity“ und Agenda-Setting familienpolitischer Themen



Quelle: Kingdon 1995: 197ff.; eig. Darstellung

bedeutet dies für die kommunale Familienpolitik, dass erstens ausreichend Wissen über die Situation von Familien vor Ort vorliegen und zweitens diskursiv Verständigung darüber erzielt werden muss, welche familienpolitischen Ziele auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln erreicht werden sollen. Angesprochen damit sind nicht nur die Politik und die Verwaltung, sondern die gesamte Stadtgesellschaft. Sowohl bei der Analyse der Ist-Situation als auch bei der Bearbeitung der identifizierten Herausforderungen gilt es alle Potenziale vor Ort zu erschließen.

Die angesprochene diskursive Verständigung erfordert eine empirische Basis. Diese Grundlegung kann unterschiedlich erfolgen und von runden Tischen zur Eruierung von Bedarfen unter Beteiligung von Familien bis hin zu ausgefeilten familienpolitischen Berichtssystemen reichen. Die Informationsbeschaffung und -analyse muss der Größe und den Möglichkeiten der Kommune angemessen sein. Ein leitender Grundgedanke sollte dabei sein, dass Familienpolitik nicht nur *für* Familien, sondern auch *mit* Familien gemacht wird.

Der empirisch fundierte Diskurs sollte dann möglichst öffentlich geführt werden, denn Öffentlichkeit erzeugt sowohl Handlungsdruck als auch Positionierungs- beziehungsweise Entscheidungsdruck. Diskurse, die öffentlich geführt werden, erfahren durch die Öffentlichkeit eine wichtige Kontrolle. Je öffentlicher Diskurse geführt werden, desto besser müssen interessensgeleitete Positionen (auch) empirisch begründet werden. Gerade im normativ aufgeladenen Feld der Familienpolitik sind mit Blick auf das Agenda-Setting und die Gestaltung einer passgenauen Unterstützung und Förderung von Familien empirische Befunde und deren möglichst umfassende Diskussion besonders wichtig. ■

### Kontakt:

info@holger-wunderlich.de

# Wussten Sie, dass ...

## ... Menschen, die zusammenziehen, zunehmen?

INFORMATIONSDIENST WISSENSCHAFT (idw)

Paare leben in der Regel gesünder und länger als Singles. Jedoch wiegen sie im Durchschnitt auch mehr als Alleinlebende. Unklar war bisher, wie sich Veränderungen von Beziehungen auf das Körpergewicht auswirken und wann Paare am meisten zunehmen. Um das herauszufinden, haben Wissenschaftler/innen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung der Universität Mannheim, der Universität Leipzig und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Daten von 20.000 Menschen über einen Zeitraum von 16 Jahren ausgewertet.

Paare haben ein höheres Körpergewicht als Singles – ganz gleich, ob mit oder ohne Trauschein. Anders als bisher oft vermutet, ist es aber weniger die Eheschließung als vielmehr das erste Zusammenziehen, das zu einer Gewichtszunahme führt. So nehmen Paare nach dem Zusammenziehen etwa doppelt so viel zu, wie Paare in den ersten vier Ehejahren. Dieser Effekt bleibt bestehen, auch wenn man wichtige Einflüsse wie Alter, Kinderkriegen, Sport, Rauchen, Gesundheitszustand oder Stress herausrechnet. „Das heißt, dass diese Gewichtszunahme vor allem mit der Beziehungsveränderung zusammenhängt. Denn eine Änderung des Beziehungsstatus bedeutet oft auch eine Änderung der alltäglichen Essgewohnheiten – zum Beispiel gemeinsames Frühstück, das allein vielleicht nicht stattgefunden hätte oder bescheidener ausgefallen wäre. In Gesellschaft isst man in der Regel mehr und nimmt somit mehr Kalorien zu sich“, sagt Ralph Hertwig, Ko-Autor der Studie und Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

Trennen sich Paare, so sinkt der Body-Mass-Index (BMI), der das Körpergewicht eines Menschen in Relation zu seiner Körpergröße setzt, bei Frauen und Männern hingegen wieder weitestgehend auf den Wert vor dem Zusammenziehen. Das entspricht der Vorhersage der sogenannten Heiratsmarkthypothese, wonach sich Menschen auf Partnersuche um ein niedrigeres Körpergewicht bemühen, da dies mit mehr Attraktivität verbunden wird. Interessanterweise nehmen beide Geschlechter aber bei Scheidungen, die auf Trennungen folgen, am meisten zu. Eine mögliche Erklärung dazu ist, dass viele Menschen – vor allem Männer – bei der Scheidung wieder in einer neuen Beziehung sind.

„Mit Blick auf die Gewichtszunahme sind Zusammenziehen und Scheidung wichtige Zeitfenster

für Prävention. Bisher wurden soziale Einflüsse – zu denen auch Beziehungsveränderungen zählen – in der Entstehung von Übergewicht kaum beachtet. Stattdessen wurden vor allem individuelle Faktoren wie Wissen oder Willensstärke diskutiert. Dabei zeigen unsere Ergebnisse, dass ein unverheirateter Mann, der vor dem Zusammenziehen leicht übergewichtig ist, im Durchschnitt etwa 7,5 Kilogramm zunimmt, nachdem er je mindestens vier Jahre ohne Trauschein zusammengelebt hat, verheiratet, getrennt und geschieden war. Dadurch erhöht er sein allgemeines Sterblichkeitsrisiko um bis zu 13 Prozent“, sagt Jutta Mata, Professorin für Gesundheitspsychologie an der Universität Mannheim und assoziierte Wissenschaftlerin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

Mit dieser Studie wurden erstmals die Langzeiteffekte von Veränderungen im Beziehungsstatus auf den BMI untersucht. Dafür verglichen die Wissenschaftler/innen Daten von 20.950 Einzelpersonen zwischen 19 und 100 Jahren in Deutschland über einen Zeitraum von insgesamt 16 Jahren. Die Daten stammen aus der Längsschnittstudie des „Sozio-oekonomischen Panels“ (SOEP), mit der das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung repräsentative Daten über die Bevölkerung in Deutschland erhebt. In Interviews wurden die demografischen Daten wie Alter, Geschlecht, Familienstand, aber auch Größe und Gewicht abgefragt. Zusätzlich wurde nach wichtigen Lebensereignissen wie Geburt oder Veränderungen im Berufsleben, wahrgenommenem Stress, dem subjektiven Gesundheitsempfinden und dem Verhalten mit Blick auf Ernährung, Sport und Rauchen gefragt. ■

### Literatur

Mata, Jutta; Richter, David; Schneider, Thorsten; Hertwig, Ralph (2018): How cohabitation, marriage, separation, and divorce influence BMI: A prospective panel study. In: *Health Psychology*, 37 (10), S. 948-958.

### Kontakt:

skork@mpib-berlin.mpg.de

### Quelle:

Informationsdienst Wissenschaft (idw) – Original-Meldung: <https://idw-online.de/de/news703513>

# Pflege in der Familie

## Herausforderungen für pflegende Angehörige in Österreich

VON DOREEN STÖHR, VIKTORIA PARISOT, ULRIKE ZARTLER UND MARTIN NAGL-CUPAL

Sobald jemand zu Hause pflegebedürftig wird, übernehmen nach wie vor Familienmitglieder in den meisten Fällen die Pflege und Betreuung. Dieser Beitrag beleuchtet die Situation von Familien, in denen jemand aufgrund von Pflegebedürftigkeit oder einer chronischen Erkrankung gepflegt wird. Die Datenbasis wurde im Rahmen einer vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz beauftragten Studie zur Situation pflegender Angehöriger in Österreich erstellt (Nagl-Cupal u. a. 2018). Dieser Beitrag beschäftigt sich vor allem mit der Herstellung und Aufrechterhaltung familiärer Pflege sowie mit den damit verbundenen Herausforderungen für die pflegenden Angehörigen.

### Studie mit multiperspektivischem Design

Der qualitativ-interpretative Studienteil basierte auf einem multiperspektivischen Forschungsdesign, das heißt, es wurden jeweils mehrere Mitglieder aus bestehenden Pflegenetzwerken inkludiert. Insgesamt wurden 48 qualitative Interviews in 15 Netzwerken geführt. Ein Pflegenetzwerk bestand aus mehreren pflegenden Personen einer Familie und dem erweiterten sozialen Netz rund um eine pflegebedürftige Person. Um die Bereitstellung der Pflege laufend zu gewährleisten, mussten im familiären Pflegenetzwerk, an dem mehrere informell pflegende Personen mitwirkten, verschiedene Themen verhandelt werden, die im Folgenden kurz dargestellt werden.

### Komplexe Aushandlungsprozesse

Das Bewusstsein, pflegende/r Angehörige/r zu sein bzw. zu werden, wurde in einem komplexen und mitunter langwierigen Kommunikations- und Aushandlungsprozess in der Familie hergestellt. Der Übergang von einer Angehörigenbeziehung zu einer „Pflegebeziehung“ war meist fließend; der Beginn dieses Prozesses konnte typischerweise erst im Nachhinein festgemacht werden.

Verhandelt wurden verschiedene Erwartungen in Bezug auf die Pflegetätigkeiten. Dies inkludierte einerseits Erwartungen der pflegenden Angehörigen aneinander, andererseits Erwartungen der Pflegebedürftigen und des sozialen Umfelds an die pflegenden Angehörigen. Durch die verschiedenen verhandelten Erwartungshaltungen wurde aber deutlich, dass die Übernahme von Angehörigenpflege unter Erwartungsdruck von verschiedenen Seiten geleistet wird.

Das zeigte sich auch daran, dass die Angehörigen das Gefühl teilen, pflegen zu müssen und in der Übernahme von Pflegetätigkeiten wenig Raum für eine bewusste Entscheidung bleibt.

*„Sie woar [leichtes Schmunzeln] halt ein Unikum, da gibt's goar nix. Sie woar so gescheit. Sie hat do, des olles geschafft, wos menschlich anbelangt woar, und jetzt kann sie nix mehr. Ja, was soll man mochen? Und i kann ihr ned helfen, das is, muss ma zuschauen.“*

Friedrich (85), Ehemann, Netzwerk 3

### Pflegesituation bestimmt die Notwendigkeiten

Für die Herstellung des Unterstützungsnetzwerks bedurfte es außerdem Ressourcen, die im Unterstützungsnetz entweder bereits vorhanden waren oder für die Pflege erst generiert werden mussten. Das umfasste materielle Ressourcen (z.B. adaptierbarer Wohnraum, Geld), aber auch immaterielle Ressourcen wie Zeit und psychosoziale Ressourcen, die zur Bewältigung von aufkommenden Emotionen, Konflikten und Stresssituationen aufgebracht werden mussten.

Die Herausforderungen, die von den familiären Pflegenetzwerken bewältigt werden mussten, waren vielfältig und abhängig von der jeweiligen Pflegesituation. Insgesamt wurden von pflegenden Angehörigen emotionale und kommunikative Herausforderungen, finanzielle Belastungen sowie bürokratische „Hürden“ als besonders herausfordernd erlebt. Die multiperspektivischen Interviews zeigten, dass die Pflege innerhalb der Familien je nach Familienkonstellation, Verwandtschaftsverhältnis zur pflegebedürftigen Person sowie nach Geschlecht, Erwerbstätigkeit, Wohnortnähe und Familienstand der einzelnen Angehörigen unterschiedlich aufgeteilt wurde. Dabei wurde eine klare Hierarchie ersichtlich: Weibliche Familienmitglieder, die keinen Partner und/oder keine betreuungspflichtigen Kinder hatten, in der Nähe lebten und nicht berufstätig, teilzeiterwerbstätig oder selbstständig tätig (und damit zeitlich flexibler) waren, wurden innerhalb des Unterstützungsnetzwerks als besonders geeignet zur Übernahme von Pflegetätigkeiten identifiziert.

Selbstverständlich und vielfach wenig bewusst übernahmen Partner/innen die Pflege. Sobald klar wurde, dass die Beziehung mehr Pflegebeziehung

als Paarbeziehung war, konnten sie bewusster mit der Situation umgehen und beispielsweise auch Unterstützung in ihrer Rolle als pflegende/r Angehörige/r suchen. Unter erwachsenen Geschwistern, die gemeinsam einen Elternteil pflegen, gab es eine starke Gleichheitsvorstellung in Bezug auf die Aufteilung der Pflege der Eltern. Die Abstimmung zu einer „fairen“ Aufgabenteilung stellte häufig eine kommunikative Herausforderung dar, die mitunter zu Konflikten führte.

### Beziehung ändert sich durch Pflegesituation

Durch die Pflege änderte sich häufig die Beziehung zwischen Pflegebedürftigen und Angehörigen, was mit großen emotionalen Anpassungsleistungen einherging. Der vermehrte Hilfebedarf, der beispielsweise für pflegende Kinder zu einer Rollenumkehr innerhalb der etablierten Familienverhältnisse führte, wurde als Gewöhnungsprozess beschrieben. Zusätzlich war sich oft die pflegebedürftige Person selbst ihres Hilfebedarfs nicht bewusst oder wollte ihn nicht anerkennen, was von Angehörigen als besonders kraftraubend empfunden wurde.

In der Analyse zeigte sich außerdem, dass sich vor allem für Angehörige von Menschen mit demenziellen Erkrankungen die Beziehung zu der pflegebedürftigen Person grundlegend veränderte. Dabei war der Verlust an Fähigkeiten und Autonomie, aber auch die Persönlichkeitsveränderung der Pflegebedürftigen für das gesamte Pflegenetzwerk stark belastend. Diese Veränderung wurde dadurch verstärkt, dass sich Freund/innen und Bekannte der demenziell erkrankten Person zurückzogen und damit, in einer ohnehin psychisch belastenden Situation, weniger Sozialkontakte für die Angehörigen und die Pflegebedürftigen bestanden. Um dem entgegenzuwirken, wurden Angehörigen-Gruppen und Möglichkeiten, sich online mit anderen Angehörigen auszutauschen, als besonders hilfreich beschrieben.

### Konflikte in Pflegenetzwerken

In allen Pflegenetzwerken gab es Konflikte. In besonders pflegeintensiven Phasen war es zwar notwendig und möglich, Konflikte für eine gewisse Zeit zurückzustellen, irgendwann wurden diese aber ausgetragen. Von den Angehörigen wurde außerdem der zukünftige Übergang zu weniger oder keiner Pflegeleistung der Familie, zum Beispiel weil die pflegebedürftige Person in ein Pflegeheim übersiedelt, primär als angstbesetzt beschrieben. Hier bestand die Sorge, dass dann Konflikte innerhalb der Familie ausbrechen, die zu Gunsten der gemeinsamen Bewältigung der Pflegesituation oft jahrelang aufgeschoben wurden.

In den Familien musste eine Fülle an administrativen Herausforderungen bewältigt werden. Dazu gehörten beispielsweise (chef-)ärztliche Bewilligungen, Angelegenheiten als Sachwalter/in oder ein bevorstehendes Einstufungsverfahren zur Erhöhung der Pflegestufe. Ebenso nahmen die finanziellen Herausforderungen fallweise existenzbedrohende Ausmaße an. In Fällen, in denen die zu pflegende Person keine finanziellen Rücklagen (mehr) hatte, finanzierten pflegende Angehörige benötigte Pflegeprodukte und Hilfsmittel.

*„Mei Frau is wahnsinnig konsequent und irrsinnig stark im Einfordern gewisser Hilfsgüter, Unterstützungen, Subventionen, die do sind, die auch für diese Fälle do sein. I wär des net, muass i ehrich sogn, i kann des nitta, weil diese Bittstellung, des oiso was mir oft do Situationen erleben in gewissen Ämtern, des is wirklich sehr demütigend, sogn ma a mol aso.“*

Norbert (47), Vater, Netzwerk 9

Waren die finanziellen Ressourcen nicht ausreichend, um die grundlegende Pflege aufrechterhalten zu können, band das ein enormes Maß an zeitlichen Ressourcen, da die Pflege dann von den Angehörigen selbst übernommen werden musste und stellte somit eine starke zusätzliche Belastung in der Pflegesituation dar, was wiederum Konfliktpotenzial innerhalb des Pflegenetzwerks barg.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die Herstellung als auch die Aufrechterhaltung familiärer Pflege durch Angehörige sich in der Analyse als ein dynamischer Prozess zeigte, der durch ständige pflege- und situationsbedingte Veränderungen laufend angepasst werden musste. Dies verlangte vielfältige Kompetenzen von jenen Personen, die diese Aufgaben übernahmen. ■

### Literatur:

Nagl-Cupal, Martin; Kolland, Franz; Zartler, Ulrike; Mayer, Hanna; Bittner, Marc; Koller, Martina; Parisot, Viktoria; Stöhr, Doreen (2018): Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke. Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz. Wien.

### Kontakt:

doreen.stoehr@univie.ac.at

### Zu den Autor/innen

Mag. Doreen Stöhr ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Pflegewissenschaft der Universität Wien und forscht zum Thema der gerontologischen und familienorientierten Pflege.

Viktoria Parisot MA ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien mit Spezialisierung in den Themenfeldern Familiensoziologie, Alter(n) und Generationen.

Assoz.-Prof. Dr. Ulrike Zartler ist assoziierte Professorin für Familiensoziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien mit Forschungstätigkeiten in der Kindheits-, Jugend- und Familienforschung.

Dr. Martin Nagl-Cupal hat eine Laufbahnprofessur für familienorientierte Pflegeforschung am Institut für Pflegewissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Angehörigenpflege, pflegende Kinder und Jugendliche sowie Familien mit chronisch kranken Kindern.



## Pädagogik, frühe Kindheit und empirische Forschung Handbuch zum Status quo in der Frühpädagogik

Die Pädagogik der frühen Kindheit steht zunehmend im Blickpunkt der Forschung. Das Handbuch greift diese Entwicklung auf, indem Expert/innen den aktuellen Forschungsstand zu ausgewählten Themenfeldern wie zum Beispiel pädagogische Ansätze und Qualität, Professionalisierung des Personals oder zielgruppenspezifische Förderung aufzeigen. Adressat/innen dieses Übersichtswerkes sind Studierende, Lehrende und Forschende, die sich an Universitäten, Hochschulen und außerhochschulischen Instituten mit frühpädagogischen Themen beschäftigen ebenso wie Personen in bildungspolitischen und fachpraktischen Positionen.

**Publikation:** Schmidt, Thilo; Smidt, Wilfried (Hrsg.) (2018):  
Handbuch empirische Forschung in der Pädagogik der frühen Kindheit.  
Münster – New York: Waxmann. ISBN 978-3-8309-3800-2



## Kinderbetreuung und Elementarbildung der Zukunft Herausforderungen und Lösungsansätze

Sprachförderung, Vorbereitung auf die Schule – oder einfach nur Spiel und Spaß? Die Anforderungen an Kinderbetreuung und Elementarbildung sind nicht nur vielfältig, sie werden auch laufend komplexer. Schließlich rückt immer mehr ins Bewusstsein, dass es sich bei Krippe und Kindergarten nicht nur um Betreuungseinrichtungen handelt, sondern auch um wichtige Bildungsmaßnahmen. Das Symposium widmet sich der Frage, unter welchen Bedingungen Kinder von Elementarbildung profitieren und welche Rahmenbedingungen Elementarbildungseinrichtungen brauchen, um den Qualitätsansprüchen gerecht zu werden.

**Termin:** 7. Dezember 2018, 10 bis 14 Uhr  
**Ort:** AK-Wien Bildungszentrum (Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien)  
**Information:** [www.kinderfreunde.at](http://www.kinderfreunde.at) – Anmeldung erforderlich



## Geschichte und Typen der Familie Eine Einführung in die Familiensoziologie

Einen systematischen und historischen Zugang zur Familiensoziologie bietet dieses Lehrbuch. Im ersten Teil wird die Entwicklung vom Mythos Großfamilie zur Kleinfamilie nachgezeichnet. Dabei werden Themen wie Verwandtschaft, das „Haus“, der European Marriage Pattern oder Ehe-Liebe-Partnerwahl aus sozialhistorischer Perspektive dargelegt. Der zweite Teil widmet sich der Entwicklung der Familie im 20. und 21. Jahrhundert. Hier werden theoretische Konzepte aus der Familiensoziologie und der Familientherapie vorgestellt und das Familienleben wird aus alltagsweltlicher Perspektive beleuchtet.

**Publikation:** Funcke, Dorett; Hildenbrand, Bruno (2018):  
Ursprünge und Kontinuität der Kernfamilie. Einführung in die Familiensoziologie.  
Wiesbaden: Springer VS (Studentexte zur Soziologie). ISBN 978-3-658-18440-7

## impressum

**Medieninhaber:** Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien  
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | [www.oif.ac.at/impressum](http://www.oif.ac.at/impressum) | **Kontakt:** [beziehungsweise@oif.ac.at](mailto:beziehungsweise@oif.ac.at)  
**Herausgeber:** Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Mag. Rudolf Karl Schipfer  
**Fotos und Abbildungen:** Christoph Höfer (S. 1) | Holger Wunderlich (S. 4) | Waxmann Verlag, Kinderfreunde, Springer VS (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundeskanzleramtes über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.  
Grundlegende Richtung des Werks nach § 25 (4) MedienG:  
Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.